

## Immer wieder Deutschland

### „Deutsch-Synodale“ Reformatoren schaffen Realität

Vom 29. bis 31. Januar 2026 kommt die Synodalversammlung – das oberste Gremium des Synodalen Weges – zu ihrer letzten Sitzung zusammen. Dem veröffentlichten [Programm](#) zufolge soll es dabei nicht nur um eine Evaluation der angestrebten Ziele gehen, sondern vor allem um die Schaffung dauerhafter Strukturen. Konkret steht der Start der sogenannten Synodalkonferenz an: eines Gremiums, dem laut [Satzungsentwurf](#) die 27 deutschen Diözesanbischöfe, 27 Mitglieder des ZdK sowie 27 sogenannte „weitere Gläubige“ angehören sollen.

Diese Synodalkonferenz soll unter anderem Beschlüsse über Schwerpunktsetzungen in strategischen Planungsprozessen sowie im Haushalt des Verbandes der Diözesen Deutschlands (VDD) fassen. Darüber hinaus ist vorgesehen, dass sie über Finanz- und Haushaltsangelegenheiten der katholischen Kirche in Deutschland berät, sofern diese nicht auf diözesaner Ebene entschieden werden. Ferner soll das Gremium fachlich geeignete Personen vorschlagen, die in bischöflichen Kommissionen, im Verbandsrat des VDD sowie in den Sachbereichen des ZdK in entscheidungserheblicher Weise mitwirken.

Clara Steinbrecher, Sprecherin der Initiative Maria 1.0, bewertet diese Entwicklung kritisch: „De facto schafft die Synodalkonferenz eine Gegenautorität zur Bischofskonferenz, welche nicht nur über strategische Fragen, sondern auch über Finanzen mitbestimmen soll. Dabei hat sich Rom in seiner Erklärung vom 21. Juli 2022 an den Synodalen Weg diesbezüglich deutlich ausgedrückt: ‚Der ‚Synodale Weg‘ in Deutschland ist nicht befugt, die Bischöfe und die Gläubigen zur Annahme neuer Formen der Leitung und neuer Ausrichtungen der Lehre und der Moral zu verpflichten.‘“

Anstatt diese Weisung aus Rom zu berücksichtigen, sei der Synodale Ausschuss eingerichtet worden, um ein alternatives Modell zu entwickeln. Das Ergebnis dieses Prozesses sei nun die Synodalkonferenz. „Die deutsche Sprache bietet bekanntlich viele

Begriffe für Gremien aller Art“, so Steinbrecher weiter. „Doch inhaltlich handelt es sich um nichts anderes als Etikettenschwindel. Auch der Verweis auf das offizielle Lehramt ändert daran nichts.“

Bislang haben sowohl der Synodale Ausschuss als auch das ZdK der Satzung der Synodalkonferenz zugestimmt. Die Deutsche Bischofskonferenz wird erst Ende Februar auf ihrer nächsten Vollversammlung darüber abstimmen. Dem Vatikan soll die Satzung erst im Anschluss vorgelegt werden. Ungeachtet dessen sollen bereits auf der bevorstehenden Synodalversammlung die sogenannten „weiteren Gläubigen“ gewählt werden.

„Offenkundig wird so getan, als sei die Zustimmung der Kirche bereits sicher – obwohl die Satzung der klaren Weisung des Heiligen Stuhls widerspricht“, kritisieren die Frauen von Maria 1.0. „Statt abzuwarten, bis in Deutschland antikirchliche Strukturen geschaffen werden, um sie später zu untersagen, sollte Rom endlich klare Grenzen ziehen und deutlich machen, dass das fortgesetzte Ignorieren kirchlicher Vorgaben Konsequenzen hat.“

Im Namen jener Katholiken in Deutschland, die nicht wollen, dass die Wahrheit des katholischen Glaubens durch neue und falsche Lehren ersetzt wird, hofft Maria 1.0 auf ein baldiges Eingreifen Roms in die aktuellen Entwicklungen. Nach Abschluss der Synodalversammlung will die Initiative erneut Stellung nehmen und die gefassten Beschlüsse bewerten.

*Maria 1.0 ist eine Initiative von Katholiken, besonders von jungen Frauen, die den einen universellen Glauben der Kirche in verschiedenen Spiritualitäten leben. Die Initiative versteht sich als Sprachrohr all jener Katholiken, die die Schönheit und Wahrheit des katholischen Glaubens, wie ihn das Lehramt der Kirche formuliert, bekennen und möchte diesen Glauben medial bekannt machen.*